



## Sozialticket gestrichen

Zum 1. Juli 2017 sollte es endlich soweit sein: Hartz-IV-Beziehende hätten für regelmäßige Fahrten mit dem ÖPNV wieder eine Ermäßigung erhalten. Lange hatte die Erwerbsloseninitiative GALIDA um die Wiedereinführung des Sozialtickets gekämpft und das geplante Sozialticket wäre ein - wenn auch nur kleiner - Schritt in die richtige Richtung gewesen. Trotz einiger Unzulänglichkeiten des vorgeschlagenen Modells hätte die Linksfraktion der Einführung zugestimmt.

Nach dem vorgeschlagenen Modell hätte der Preis jedoch, den Hartz-IV-Beziehende für ein 9-Uhr-Monatsticket hätten bezahlen müssen, immer noch deutlich über dem Betrag gelegen, der in ihrem kläglichen Regelsatz für öffentlichen Nahverkehr (20,75 Euro) vorgesehen ist. Das grün-schwarze Sozialticket hätte trotz Zuschuss im inneren Stadtgebiet (Preisstufe 1) immer noch rund 6€ Euro zu viel gekostet. Noch gravierender fiel das Defizit bei Leuten aus, die in den Stadtteilen wohnen. Jemand, der z.B. von Kranichstein in die Stadt fahren will oder muss, hätte pro Monatsticket sogar fast 17€ Euro mehr zahlen müssen, als im Regelsatz vorgesehen ist. Das ist Geld, das dann an anderen Stellen fehlt. Außerdem wäre der bürokratische Aufwand für die Erlangung des Tickets (Antrag beim Jobcenter, Ausstellung

eines Gutscheins, Vorlage des Gutscheins bei der HEAG und Kauf des Tickets, Mitführen der Berechtigung bei Fahrtscheinkontrollen) überzogen gewesen und hätte wahrscheinlich viele Leute abgeschreckt.

Aber selbst dieses „Sozialticket light“ war für den grün-schwarzen Magistrat anscheinend zu viel, denn nun wird es gar kein Sozialticket geben. Dabei erinnerte OB Partsch schon stark an ein trotziges Kind, als er die Beschlussvorlage zur Einführung des Sozialtickets in der Stavo am 13. Juni zurückzog, nachdem, die Erhöhung der Grundsteuer von der Opposition abgelehnt worden war. Aber es wurde noch besser: Nachdem die Linksfraktion protestierte, drehten sich einige Stadtverordneten der Grünen zu uns um und applaudierten. So sollte der Anschein erweckt werden, wir hätten die Einführung des Sozialtickets verhindert. Diese Beschuldigung, die sich in einschlägigen Sozialen Netzwerken wiederholte, ist ein Armutszeugnis für den Magistrat, der offensichtlich weder willens noch in der Lage ist Verantwortung für seine eigene Politik zu übernehmen. Hier wird ein unsoziales Vorhaben (die geplante Grundsteuererhöhung - übrigens die dritte in Folge - hätte Geringverdienende besonders hart getroffen) gegen ein soziales Vorhaben (das Sozialticket für Hartz-IV-Beziehende)

ausgespielt. Zudem sind Kürzungen - selbst in schwieriger Haushaltslage - kein Naturgesetz: Es ist der Magistrat, der den Rotstift an dieser Stelle ansetzt, das Sozialticket streicht und sich dem Dogma der „Schwarzen Null“ unterwirft, anstatt an anderer Stelle Ausgaben zu reduzieren oder günstige Kredite aufzunehmen. Zudem war es überhaupt nicht nötig, wegen der angespannten Haushaltslage die Vorlage zurückzuziehen, da der für 2017 geplante verhältnismäßig geringe Betrag von 200.000€ Euro für das Sozialticket bereits fest im Budget des Sozialdezernats verankert war. Das vorläufige Aus für das Sozialticket war keine Notwendigkeit, sondern politisches Schmierentheater der Grünen, bei dem sie versuchten, Geringverdienende gegen Hartz IV-beziehende Menschen auszuspielen.



Kris Hartmann

## StaVo lehnt Abschiebung nach Afghanistan ab

Nachdem unsere Fraktion schon am 21. März den Antrag „Keine Abschiebung nach Afghanistan“ gestellt hatte, war es nun am 13. Juni endlich soweit, dass er in der Stadtverordnetenversammlung beraten wurde. Unser Fraktionsvorsitzender, Karl-Heinz Böck, begründete den Antrag. Er machte besonders darauf aufmerksam, dass Afghanistan mit Nichten ein sicheres Land ist, wie die Bundesregierung immer behauptet und damit ihre Abschiebungspolitik begründet. Zahlreiche Anschläge mit Hunderten von Opfern sprechen hier eine deutlich andere Sprache. Wer immer noch glaubt oder die Meinung vertritt, Afghanistan wäre ein sicheres Land oder zumindest Teile der einzelnen Provinzen wären dies, ist entweder ein Ignorant oder ein menschenverachtender Zyniker.

Insbesondere, wenn man sich den Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen ansieht. Dieser stellt fest, das gesamte Staatsgebiet Afghanistans ist

von einem innerstaatlichen, bewaffneten Konflikt im Sinne des Artikels 5c der EU Qualifizierungsrichtlinien betroffen.

Im ersten Halbjahr 2016 waren in Afghanistan 1600 tote und deutlich mehr als 3500 verletzte Zivilisten zu beklagen.

Terroranschläge, auch in Kabul, zum Beispiel am 21. Nov. 2016 mit mindestens 27 Toten oder dem Anschlag, in Mazar-e-Sharif, von der Bundesregierung zuvor als sicher eingestuft. Hier gab es am 10. November 2016 4 Tote, 128 Verletzte und ein deutsches Konsulat in Trümmern.

Aber man braucht in der Historie des Schreckens nicht so weit zurück zu schauen. Erst Ende Mai dieses Jahres, kam es im Diplomatenviertel von Kabul zu einem weiteren, brutalen Anschlag mit mindestens 150 Toten.

All diese Schreckensmeldungen veranlasste unsere Fraktion einen Antrag zu stellen, in dem wir den Magistrat und alle Stadtverordneten aufforderten, all ihren Einfluss

geltend zu machen und sich gegen die Abschiebung von Menschen nach Afghanistan auszusprechen.

Schnell wurde in der Stadtverordnetenversammlung klar, dass sich für diesen Antrag eine breite Mehrheit finden würde. Grüne, SPD und Uffbasse stimmten unserem Antrag zu, selbst ein Stadtverordneter der CDU stimmte dafür. Leider konnte sich die restliche CDU-Fraktion nicht durchringen diesen Antrag mitzutragen und lehnte ihn ab. Wir halten dies für bedauerlich, insbesondere, da diese Partei das Christliche in ihrem Namen trägt aber es mit der Nächstenliebe und der Menschlichkeit wohl nicht so genau nimmt.



Karl-Heinz Böck

### INHALT

#### SEITE 2:

WANN KOMMT DER SOZIALATLAS?

DIE VERGESSENEN

ALDI MACHT ´S

#### Seite 3:

EINE ARME STADT KÖNNEN SICH NUR DIE REICHEN LEISTEN

WAS IST DER KOMMUNALE SCHUTZSCHIRM?

#### SEITE 4:

ZURÜCK AUF LOS

MEIN GOTT DARMSTADT!

Adresse

Bürgersprechstunde

Öffentliche Fraktions-

sitzungen

Spendenkonto

### GALIDA KLAGT

Im Mai letzten Jahres hatten 8 betroffene Aktivist:innen der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) beim Sozialamt Anträge auf 1/3 Ermäßigung auf HEAG-Monatsfahrkarten gestellt. Die Anträge wurden abgelehnt. Die Betroffenen legten Widerspruch ein. Das städtische Rechtsamt befasste sich nicht damit und verwies auf eine kommende Regelung für Sozialtickets zum 01. Juli 2017. Die Hoffnung auf ein Sozialticket ist nun der Haushaltspolitik des Magistrats zum Opfer gefallen. Die Stadt hat aber weiter die Widersprüche liegen gelassen. Daher erheben die Betroffenen beim Verwaltungsgericht eine „Untätigkeitsklage“ gegen die Stadt. Dabei werden sie rechtlich durch den Rechtsschutz des ver.di-Bezirks Südhessen vertreten.

„Wer glaubt, Afghanistan wäre ein sicheres Land, ist ein Ignorant oder ein Zyniker.“



# Wo bleibt der Sozialatlas? Kinder- und Altersarmut in Darmstadt

„Fast die Hälfte der Kinder in Kranichstein wächst in Armut auf.“

Der Paritätische Gesamtverband veröffentlichte Anfang dieses Jahres seinen Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Seine Ergebnisse haben in Deutschland eine breite Debatte entfacht.

## Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter

Die Armutsquote ist nach dem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Betrug die Armutsquote 2006 noch 14 %, so waren es 2015 schon 15,7 %, die mit weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens auskommen mussten. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Im Jahre 2015 lebten rund 12,9 Mio Menschen in Deutschland unter der Einkommensarmutsgrenze.

Auch die Altersarmut wächst. Nach den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom Dezember 2015 bezogen in Deutschland 536.100 Personen Leistungen zur „Grundsicherung im Alter“. Im Jahr 2003 waren es noch 257.700 gewesen, 2010 bereits 412.000. Das bedeutet eine Verdoppelung in nur 12 Jahren. Das sind die Zahlen, an denen sich der „Erfolg“ der Rentenreform der rot-grünen Koalition messen lässt. Die Grundsicherung beträgt heute im Schnitt 794 Euro inklusive der Wohnkosten!

## Soziale Spaltung in Darmstadt

Kinderarmut und Altersarmut – diese negative Entwicklung ist anhand von Zahlen nachzuweisen. Aber nicht für alle ist diese Entwicklung augenscheinlich. Armut wird auch in relativ wohlhabenden Städten wie Darmstadt an den Rand gedrängt.

Nach dem Bericht der Stadt Darmstadt zur Kinderarmut von Anfang dieses Jahres leben insgesamt 4.357 Kinder unter 15 Jahren und 5.014 Kinder/Jugendliche unter 18



Jahren in Darmstadt in Familien mit SGB-II-Bezug. Somit sind 20 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von „Hartz IV“ betroffen. Diese Kinderarmut ist in Darmstadt sehr ungleich verteilt. Während in Bessungen der Anteil der Betroffenen 6,1 % beträgt, liegt er in Kranichstein sogar bei 45,7 %. Fast die Hälfte der Kinder in diesem Viertel wächst somit in relativer Armut auf. Auch die Altersarmut ist extrem ungleich über die Stadt verteilt. So sind in der Kirchannensiedlung in Eberstadt 18,5 % der älteren Wohnbevölkerung auf die Grundsicherung angewiesen. In Kranichstein-Nord beträgt dieser Anteil 17,5 %. Am Ende der Skala bewegen sich das wohlhabende Paulusviertel mit 0,9 % und die Villenkolonie mit 0,7 %. In den abgehängten Stadtvierteln steigt die Altersarmut rasch an, in Eberstadt Süd innerhalb von nur 3 Jahren um mehr als 22 %. Die soziale Spaltung der Stadt vollzieht sich entlang von Stadtvierteln und Vororten.

## Weshalb keine neueren Untersuchungen der Stadt Darmstadt?

Besonders skandalös ist, dass die Schere zwischen den armen und „reichen“ Wohngebieten immer weiter auseinander geht. In der Kirchannensiedlung stieg der Anteil der älteren EmpfängerInnen von Grundsicherung von 2008 bis 2011 von 15,1 % auf 18,5 % an, in Kranichstein Nord von 15,9 % auf 17,5 %, im Ziegelbusch von 12 % auf 14,5 %.

Ein Anstieg wie in Eberstadt Süd ist wirklich dramatisch. So verwundert es, dass in Darmstadt keine neueren Zahlen vorliegen, obwohl bereits die Entwicklung von 2008 bis 2011 alarmierend war. Der letzte Sozialatlas wurde 2013 veröffentlicht mit den Daten von 2011. Funktion des Sozialatlas ist nach Auskunft der Autoren, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Er sollte deshalb, so heißt es in der Ausgabe von 2013, alle zwei bis drei Jahre fortgeschrieben werden. Das ist nicht geschehen – weil die soziale Spaltung sich weiter verschärft hat und man

über die aktuellen Zahlen lieber nicht reden möchte?

## Anfrage der Linken im Stadtparlament

Die Linksfraktion hat im Stadtparlament in der Mai-Sitzung gefragt, wann der neue Sozialatlas für Darmstadt, der längst überfällig ist, nun vorliegen soll. Sozialdezernentin Akdeniz antwortete, dass die nächste Ausgabe in Arbeit sei und zwar mit den Daten von 2016. Anfang 2018 sei mit dem Erscheinen zu rechnen.

Eine Antwort, die nicht zufrieden stellen kann. Bereits für die Jahre 2009 bis 2011 war ein starker Negativtrend festzustellen. Der Bericht soll ja erklärtermaßen kein Selbstzweck sein, sondern frühzeitig Fehlentwicklungen korrigieren helfen. Das ist auf diese Weise nicht möglich.



Erhard Schleitzer

„Die Schere zwischen armen und reichen Wohngebieten geht immer weiter auseinander.“

FÜR UNSERE STARKE LINKE!

## Die Vergessenen

### Senkung der Mietobergrenzen



Andreas Schulz

Gerade auf kommunaler Ebene kann man gut beobachten, dass genau jene Bevölkerungsgruppen ihre Interessen auf politischer Ebene umgesetzt sehen, die sich aktiv an der Politik beteiligen. Die einfache Rechnung zwischen Engagement und Erfüllung lässt sich aber leider auch umdrehen. Sozialwissenschaftliche Studien belegen, dass Gruppen, Gemeinschaften, Milieus, die sich von der Politik repräsentiert sehen, sich auch stärker engagieren. Am deutlichsten wird dieses Verhältnis bei der einkommensschwächsten Gruppe unserer Gesellschaft, den Hartz-IV-Beziehenden. Gegen keine andere Gruppe betreiben Bund, Länder und Kommunen so offensiv Politik wie gegen Hartz-IV-Beziehende. Das Resultat ist auf allen drei Ebenen spürbar. Die Arbeitslosen engagieren sich weniger und gehen seltener wählen. Ein weiterer Schritt in diesen Teufelskreis hat nun der Magistrat in der letzten Stadtverordnetenversammlung getan, indem er die Angemessenheitsgrenzen senkte.

Die Angemessenheitsgrenzen bzw. Mietobergrenzen, für Personen die Hartz IV erhalten, werden alle 2 Jahre angepasst, um auf die Mietpreisänderungen zu reagieren. In Darmstadt ist die letzte Angleichung im Februar 2017 vorgenommen worden. Dabei ist dem Magistrat der Fehler unterlaufen, die Kosten für Warmwasser mit einzuberechnen, obwohl dies in den Leistungen nach SGB II und SGB XII enthalten ist. Dieser Fehler wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 13. Juni „behalten“.

Doch ein Vergleich der Mietobergrenzen vor Februar 2017 und den nun beschlossenen Zahlen zeigt, dass die Mietobergrenzen effektiv gesenkt wurden. Einzig und allein die Linksfraktion hat sich zu Wort gemeldet und das Vorgehen kritisiert. Und einzig die Linksfraktion hat in der anschließenden Abstimmung gegen die Absenkung gestimmt.

Vor Februar 2017 lag die Mietobergrenze für einen alleinstehenden Hartz IV-Bezieher\*in bei 462 Euro nach der Beschlussvorlage der kommenden StaVo würde sich z. B. dieser Betrag auf 457 Euro verringern. Das ist eine Verringerung um 5 Euro. Das übersteigt den Betrag, den ein Hartz IV-Bezieher\*in pro Tag zur Verpflegung zu Verfügung hat. Hartz IV-Bezieher\*innen haben keine Rücklagen und keine weiteren Einkünfte. Die Absenkung Mietobergrenzen müssen die Betroffenen sich vom Munde absparen!

Trotz Bestandsschutz für alle bereits als angemessen eingestuftes Wohnverhältnisse, trifft diese Senkung alle neuen Hartz-IV-Bezieher\*innen, sowie die große Zahl derjenigen, deren Mieten schon jetzt über der Mietobergrenze liegen.

Inmitten eines scheinbar rein bürokratischen Vorgangs wird hier eine Sparpolitik auf dem Rücken der Erwerbslosen und Rentner\*innen mit Grundsicherung durchgesetzt. Der Mietpreis in Darmstadt, im Ballungsgebiet Rhein-Main, steigt ständig und geradezu rasant. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen ist es nahezu unmöglich an bezahlbaren Wohnraum zu kommen.

Der Magistrat und alle Fraktionen, ausgenommen die Linksfraktion, verfolgen mit einem solchen Vorgehen ganz klar und aktiv die Strategie der Gentrifizierung. Menschen mit geringem Einkommen werden aus der Stadt gedrängt, weil sie die steigenden Mieten nicht zahlen können und ihnen die Unterstützung seitens der Stadt bzw. des Jobcenters verwehrt wird.

## Aldi macht's -

### ein Lehrstück, wie es nicht laufen sollte

Die Sache kam durch die Hintertür: Die Stadt will in Arheilgen zwei Grundstücke verkaufen. Das sollte im Bauausschuss nichtöffentlich behandelt werden. Kein Außenstehender hätte das mitbekommen, denn es stand nicht in der öffentlichen Tagesordnung.

Es geht um eine Grünfläche in Arheilgen zwischen Frankfurter Landstraße und der Darmstädter „Gass“ mit Garten und vor allem einem Spielplatz. Dort will der Discounter Aldi einen Einkaufsmarkt und Wohnungen bauen. Der Spielplatz mag bescheiden sein, aber der nächste ist erst wieder an der Kita in der Bachgasse. Die Sache wurde dann doch bekannt. Der Oberbürgermeister versuchte die Aufregung zu dämpfen und verwies auf ein beschlossenes Nahversorgungskonzept aus dem Vorjahr. Er meinte wohl, damit sei der Markt ja beschlossen. In der Tat: Das Konzept weist für Arheilgen Lücken in der Nahversorgung auf. Aber eben nicht da, wo Aldi bauen will. Das Konzept verweist zudem auf ein Gutachten von 2012. Das aber „vergisst“ die kleinen inhabergeführten Lebensmittel-Geschäfte und Hofläden. Daher ist der im Gutachten errechnete Wert von 0,19 m<sup>2</sup> Ladenfläche je Einwohner wenig hilfreich.

Und natürlich kann ein Konzept ja wohl nicht einen gültigen Bebauungsplan aushebeln. Den gibt es nämlich für das Viertel, und darin ist auch der Spielplatz enthalten. Die Absprachen mit Aldi wurden also nicht nur im Geheimen geführt, das Vorhaben verstößt auch noch gegen Recht und Gesetz. Denn zuerst wäre der Bebauungsplan zu ändern.

Für eine echte Bürgerbeteiligung wäre Gelegenheit gewesen. Denn seit 2015 haben nun schon sechs Stadtteilforen im „Löwen“ stattgefunden, ein Zeichen für eine helle Bürgerschaft. Daher war es für die SPD Arheilgen ein Leichtes, die nötigen Unterschriften zu sammeln, damit Aldi auf die



In Arheilgen soll ein Spielplatz zum Discounter werden  
Foto: E. Schleitzer

Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung kommt. Die Mehrheit aus Grünen, CDU und Uffbase haben allerdings in der letzten Stadtverordnetenversammlung sich gegen eine Bürgerbeteiligung ausgesprochen.

Nun wird bekannt, dass der Gewerbeverein keine Bürgerbeteiligung braucht. Er hat sich mit Aldi und der Stadt geeinigt. Und acht der 16 Wohnungen über dem Aldi-Markt sollen preiswert sein. Über einem Supermarkt zu wohnen hat allerdings auch Schattenseiten. Daneben aber auch. Wenn das „Echo“ titelte „Aldi in Arheilgen wird wohl kommen“, wird es auf die Arheilger Bürger ankommen, ob das stimmt.



Werner Krone

„Menschen mit geringem Einkommen werden aus der Stadt gedrängt, weil die Stadt ihnen die Unterstützung verwehrt.“



# Eine arme Stadt können sich nur die Reichen leisten

## Anmerkungen zum Haushaltsloch

Mitte Mai musste Kämmerer Schellenberg ein Haushaltsloch von 50 Mio Euro vermelden. Grund war eine dicke Steuerrückforderung eines Darmstädter Pharmakonzerns. Man muss nicht spekulieren, ob der Kämmerer das vorher wusste und dieses Wissen zwecks Wahlkampfunterstützung für Jochen Partsch zurückgehalten hat. Man kann aber jedenfalls annehmen, dass er die außergewöhnlich hohen Steuererträge 2016 sehr gerne ins darauffolgende Wahlkampfjahr fortgeschrieben hat. Nun haben wir den Salat.

Die Darmstädter Finanzkrise bringt einige Investitionen und Großprojekte ins Wanken. Die Landesgartenschau hat die Koalition von sich aus aufgegeben, die Lichtwiesenbahn wurde vorerst von der Opposition ausgebremst. Wir werden uns außerdem für die Abplanung einiger kleinerer Maßnahmen wie z.B. der fragwürdigen Schönheits-OP für den Karolinenplatz einsetzen. Die Bewerbung für das Weltkulturerbe, die im Erfolgsfall große Folgekosten und Belastungen für die Bürger\*innen mit sich bringt, sollte aus unserer Sicht gestoppt werden. Doch der Stopp verzichtbarer Investitionen trägt nur wenig zum Ausgleich des Ergebnishaushalts (laufende Einnahmen vs. Ausgaben) bei, zu dem die Stadt durch Schuldenbremse und Rettungsschirm verpflichtet ist.

Andere Oppositionsfraktionen haben in der Stadtverordnetenversammlung dem grün-schwarzen Magistrat vorgeworfen, dass er nicht viel früher und massiver an die Kürzung der laufenden Ausgaben herangegangen ist. Sicherlich gibt es auch den einen oder anderen Ausgabeposten für Verzichtbares. Allerdings wurden dazu keine ernstzunehmenden Vorschläge unterbreitet, die

man bewerten könnte. Wir meinen, dass in unserer wachsenden Stadt mit einer bereits ausgedünnten Personaldecke angesichts steigender Armut kein Spielraum für Kürzungen in zweistelliger Millionenhöhe vorhanden ist, ohne der Stadt, ihren Beschäftigten und ihren Bewohner\*innen schweren Schaden zuzufügen. Auf der To-do-Liste des Magistrats steht offenbar die Streichung der Zuschüsse an Vereine und Kulturinitiativen, das Sozialticket wurde von OB Partsch bereits vor seiner Einführung kassiert. Solche Kürzungen wären vor fünf Jahren genauso schlecht gewesen für den sozialen Ausgleich und die bürgerschaftliche Initiative, wie sie es heute sind. Gut getan hätte es der Stadt hingegen, wenn die nun endlich erfolgte Erhöhung der Gewerbesteuer auf das Niveau anderer hessischer Großstädte früher beschlossen worden wäre. Mit den Zusatzeinnahmen aus fünf Jahren hätte der heutige Fehlbetrag ohne weitere Maßnahmen abgedeckt werden können!

Hätten die Unternehmen wegen einer um 6 % höheren Gewerbesteuerlast ihre Zelte abgebrochen und wären von der prosperierenden Großstadt aufs Land abgewandert? Wohl kaum. In Frankfurt, Kassel oder Wiesbaden, wo die Hebesätze schon lange so hoch sind wie jetzt bei uns, haben sie es ja auch nicht getan. Übrigens: Merck hat einen Unternehmensteil mit über 1.000 Beschäftigten wegen der niedrigeren Gewerbesteuer nach Weiterstadt ausgelagert – und zwar lange vor der Gewerbesteuer-Erhöhung!

Die Ertragslage bei der Gewerbesteuer ist in Darmstadt wechselhafter als in anderen Städten. Der unsinnige Zwang des „Rettungsschirms“, in jedem einzelnen Jahr den Haushalt auszugleichen, führt nun zu hektischen Reaktionen, die viele Unsicherheiten

schaffen und innerhalb wie außerhalb der Verwaltung produktive Arbeit lahm legen. Es wäre mit Sicherheit effizienter, den Einnahmefehl kurzfristig durch (zur Zeit günstige!) Kredite zu überbrücken und nötigenfalls den Haushalt mit ruhiger Hand an die längerfristige Entwicklung der Einnahmen anzupassen. So hätte auch die rückwirkende Erhöhung der Gewerbesteuer vermieden werden können.

Das Grundproblem sind zu geringe Einnahmen, nicht zu hohe Ausgaben. Allgemein werden die Kommunen seit vielen Jahren durch Entscheidungen der Bundes- und Landesebene finanziell immer mehr ausgetrocknet. Schritt für Schritt, Krise für Krise, sollen sie soziale und kulturelle Leistungen kürzen, Personal abbauen und öffentliches Eigentum privatisieren. Die Bundesregierung hat den Spitzensatz der Einkommensteuer gesenkt, die Landesregierung hat den kommunalen Finanzausgleich verschlechtert. Neue Pflichtaufgaben werden nicht ausreichend gegenfinanziert und der Anstieg der Sozialausgaben wird nicht kompensiert. Unter diesen Bedingungen ist eine soziale Politik und die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur kaum noch möglich. Doch diese Rahmenbedingungen sind kein Naturgesetz. Sie wurden in Wiesbaden und Berlin von genau den Parteien geschaffen, deren Kommunalfaktionen jetzt mit dicken Krokodilstränen die „Sachzwänge“ beklagen.

Wir wollen, dass die Kommunen Druck machen für ein kommunalfreundlicheres Steuersystem und insbesondere für eine Vermögenssteuer. Die Gewerbesteuerumlage, die in Darmstadt 25 Mio. Euro ausmacht, ist abzuschaffen. An die Stelle der Gewerbesteuer sollte eine Gemeindefortschrittssteuer treten, die auch gut verdienende Freiberufler und Selbständige mit

einbezieht.

Nur die Reichen können sich eine arme Stadt leisten. Deshalb kämpfen wir für mehr Geld für die Kommunen. Haushaltskürzungen zu Lasten des sozialen Ausgleichs, der Bildung, der Kultur, des bürgerschaftlichen Engagements oder der städtischen Beschäftigten werden wir nicht mitmachen. Das müssen diejenigen verantworten, deren Parteien die Kommunen auf Hungerkost gesetzt haben.



Uli Franke



Martina Hüberscher-Paul

## So hat die Linksfraktion abgestimmt:

✓ **Gewerbesteuer-Erhöhung um 6%**

✓ **Streichung Mittel für Lichtwiesenbahn**

✗ **Grundsteuer-Erhöhung um 21%**

# Was ist der Kommunale Schutzschirm?

Aufgrund der Ausweitung der kommunalen Aufgaben und der damit verbundenen Kosten sind seit 2012 einhundert hessische Kommunen unter den eigens geschaffenen kommunalen Schutzschirm geschlüpft. Der Schutzschirm stellt bis zu 2,8 Mrd. Euro € zur Ablösung kommunaler Kassen- und Investitionskredite bereit, die auch fast vollständig in Anspruch genommen wurden. Neben der Übernahme der Schulden durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen kann außerdem eine Reduzierung der, durch die Landesbank erhobenen, Zinsen um zunächst ein Prozent und nach 15 Jahren 0,5 Prozent beantragt werden.

Um die Finanzhilfen gewährt zu bekommen, müssen sich die Städte gegenüber dem hessischen Finanzministerium verpflichten, frühstmöglich und danach dauerhaft ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Die Maßnahmen, die zu einem ausgeglichenen Haushalt führen sollen, sind von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen und dem Ministerium vorzulegen. Nach drei ausgeglichenen Haushaltsjahren kann der Schutzschirm wieder verlassen werden (dies wäre in Darmstadt mit einem ausgeglichenen Haushalt 2017 erfüllt).

Von den 106 (knapp ein Viertel der gesamten) hessischen Kommunen, denen die Teilnahme am Schutzschirm angeboten wurde, stellten vier keinen Antrag und weigerten sich zwei weitere dem ausgehandelten Konsolidierungsplan zuzustimmen, so dass zeitweilig 100 hessischen Kommunen unter den Schutzschirm schlüpfen und insgesamt 2,8 Mrd.

Euro€(Darmstadt: 187 Mio. Euro€) Schulden aus den kommunalen Haushalten vom Land übernommen wurden.

Kommen die Kommunen dem vorgelegten Konsolidierungsplan nicht nach, kann nicht nur die Teilnahme am Schutzschirm (auch rückwirkend) beendet werden, sondern es eröffnet überdies die Möglichkeit der Zwangsmaßnahmen nach dem Siebenten Teil der hessischen Gemeindeordnung. Von der Durchsetzung vereinbarter Maßnahmen per Regierungsdekret (§139, §140 HGO) bis hin zur Auflösung der Stadtverordnetenversammlung (§141a HGO) oder der Bestellung eines Beauftragten (§141 HGO), der die gesamten Kompetenzen der Gebietskörperschaft übernehmen kann, wird dann alles möglich.

Schaut man sich den Konsolidierungsvertrag

für Darmstadt an, fällt auf, dass keine drastischen Kürzungen vereinbart wurden. Im Gegenteil, es darf sogar mehr Geld ausgegeben werden, da der Großteil der Haushaltskonsolidierung durch erwartete steigende Steuereinnahmen und Zuzug neuer Bewohner\*innen erreicht werden soll. Auch wenn die Form sowie die Möglichkeiten der Sanktionierung an die europäische, maßgeblich von Deutschland geforderte und durchgesetzte, Austeritätspolitik erinnert, ist der Vertrag keinesfalls vergleichbar mit der verordneten Verarmung von Rentner\*innen, Arbeitslosen und Familien in Griechenland. Im Kern handelt es sich um eine Entlastung der städtischen Haushalte ohne dabei drastische Kürzungsmaßnahmen einzufordern, also ein durchaus begrüßenswertes Programm. Dass die Stadt Darmstadt

nun Gefahr läuft, trotz guter Konditionen einen politischen Vormund zu bekommen liegt einerseits am bereits bestehenden drakonischen Sanktionspotential der hessischen Gemeindeordnung und andererseits an dem blauäugigen Vertrauen auf stetig steigende Steuereinnahmen. Diese Naivität kann allerdings nicht nur den Haushältern der Stadt Darmstadt zum Vorwurf gemacht werden, sondern diese Prognose wurde durchaus von den zuständigen Stellen bei Land und Regierungspräsidium geteilt. Daher sollte man sich nun, anstatt sich fatalistisch in seinem Schicksal zu ergeben und sich vielleicht sogar klammheimlich darüber zu freuen, dass die Politik nun von außen bestimmt werden könnte, auf die Ausnahmeregelung in §7 Abs. 4 der Verordnung zur Durchführung des Schutzschirmgesetzes berufen, wonach die Verpflichtung zum Ausgleich des Haushaltes ausnahmsweise verletzt werden darf, wenn die Ursache hierfür auf einem „von der Kommune unabwendbaren Ereignis“ beruht, das unerwartet eintritt und gegen das die Kommune aufgrund der Kurzfristigkeit des Eintritts keine Vorsorge treffen konnte.“ – In diesem Fall also die mangelnde Steuermoral der Merck KGaA.

**Der kommunale Schutzschirm sieht Ausnahmen vor. Unerwartete und unabwendbare Ereignisse heben die Verpflichtung zum ausgeglichenen Haushalt auf.**



Malte Fuchs

**GUT INFORMIERT:  
 WWW.LINKSFRAKTION-DARMSTADT.DE**

# Zurück auf Los

**Nach vier verschenkten Jahren heißt es nun doch: Bölle bleibt**

Nun soll das Böllenfalltorstadion dem SV 98 und den Fans der Lilien also doch erhalten bleiben, und zwar auf Grundlage der bisherigen kultig-altmodischen Anlage mit vielen Stehplätzen. Das ist besser als der ursprünglich geplante Neubau, der uns wohl eine Multifunktions-Betonschachtel beschert hätte.

Dieses neue alte Bölle wäre schon fertig, wenn die grün-schwarze Koalition nicht in jede sich bietende Sackgasse hineingerannt wäre. Man hätte vorher wissen müssen, dass eine Multifunktionsarena baurechtlich kaum durchsetzbar ist. Erstens beschäftigt die Stadt eigene Experten. Die wurden aber womöglich gar nicht gefragt, denn zweitens hat der Magistrat 2012 für 60.000 Euro (!) eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Diese war zu dem offenbar falschen Ergebnis gekommen, dass ein multifunktionaler Neubau am alten Ort baurechtlich ohne weiteres möglich sei. Waren da Dilettanten am Werk, oder hatten die Autoren den Auftrag, die Lieblingslösung der Auftraggeber zu propagieren? Die Linksfraktion hatte übrigens gegen die Beauftragung der Studie gestimmt, da wir uns von ihr keine Erkenntnisse versprochen, die man nicht auch aus eigener Kraft gewinnen könnte.

„In solchen Verfahren werden Fehler gemacht“, ließ sich OB Jochen Partsch zitieren. Das ist zu billig, denn es wurden auf fast schon mutwillige Weise grundlegende Fehlentscheidungen getroffen. Lassen wir die unendliche Geschichte Revue passieren.

2013, nach der Veröffentlichung der teuren „Expertise“, hält der Magistrat die Stadionfrage für geklärt. Sämtliche Alternativstandorte werden ausgeschlossen. In der September-StaVo streitet man (ohne Beschluss) über die Frage, ob das Bölle ein reines Fußballstadion bleiben oder eine Multifunktionsarena werden soll. Die Lilien starten nach dem Fast-Abstieg mit dem

neuen Trainer Dirk Schuster in eine weitere Drittliga-Saison.

2014 gründet die Stadt eine Stadiongesellschaft, das Land sagt einen Zuschuss von 14 Mio Euro zu, und der SV 98 steigt in einer dramatischen Relegation gegen Bielefeld in die zweite Liga auf.

2015 beschließt die Stadtverordnetenversammlung, das Stadion auf Basis des Multifunktions-Konzepts umzubauen, und es wird ein Bebauungsplan vorgelegt. Das wäre bei einer reinen Ertüchtigung der bestehenden Stätte nicht notwendig gewesen. Die damit zwangsläufig verbundene Bürgerbeteiligung beginnt, und die Lilien schaffen den unglaublichen Aufstieg in die Fußball-Bundesliga. Als Termin für den Abschluss der Bauarbeiten nennt OB Partsch „spätestens 2018“. Voller Optimismus mischen sich nun auch die Fans ein und fordern ein Konzept mit möglichst vielen Stehplätzen, was auch zugesagt wird.

Anfang 2016 muss Baudezernentin Cornelia Zuschke einräumen, dass alles länger dauern wird und sogar ein Fertigstellungstermin 2019 sehr optimistisch ist. Der Anwohner(lärm)schutz und die Parkraumbereitstellung erweisen sich als Einfallsort für absehbare Klagen, die das Projekt verzögern oder auch komplett beenden könnten. Währenddessen werben die Grünen im Wahlkampf mit ihrer Fähigkeit, ein Stadion zu bauen. Im Mai ist dann endlich das Ende der ersten Sackgasse in Sicht, denn die TU will jede Einschränkung, die der Spielbetrieb mit sich bringen würde, vermeiden und verweigert die Kooperation bezüglich der Parkplätze. Im Juli 2016 wird die Bauleitplanung gestoppt. Die Lilien haben unterdessen ihr erstes Bundesliga-Jahr erfolgreich hinter sich gebracht und die Klasse gehalten.

Im Herbst 2016 steht das Projekt fast vier Jahre nach Planungsbeginn wieder am Anfang. Der Magistrat steuert zielstrebig die nächste Sackgasse an und geht nochmals

auf die Suche nach Alternativstandorten, während langsam der OB-Wahlkampf beginnt. Als fragwürdiges Weihnachtsgeschenk für die Fans benennt die Stadt vier Alternativstandorte, die aber allesamt offensichtlich untauglich sind. Das Manöver riecht nach Verzögerungstaktik. Drei Monate später gibt der amtierende OB beim Wahlkampfpodium des Darmstädter Echo eine Woche vor der Wahl bekannt, dass nun doch der alte Standort am besten geeignet sei. Partsch wird wiedergewählt, und erstmal passiert nichts. Doch dann, als beim SV 98 die Planungen für die zweite Liga beginnen, setzt die DFL ein Ultimatum für einen „Masterplan“ zur Ertüchtigung des Stadions, ohne den das Bölle als Spielstätte nicht zugelassen werde. Diese Drohung macht der grün-schwarzen Koalition Beine. Und nun soll also eilig das umgesetzt werden, was uns von Anfang am sinnvollsten erschien und den Fußballfans in der Fraktion auch am sympatischsten ist: ein Umbau des Stadions im Bestand bei laufendem Spielbetrieb. Auch diese Herangehensweise ist natürlich nicht ohne Risiko. Insbesondere können sich aus dem instabilen Untergrund der Gegengerade und anderen Eigenheiten des Nachkriegsbauwerks technische und finanzielle Schwierigkeiten ergeben.

Wir sind gespannt, ob die Ertüchtigung am Ende tatsächlich ähnlich teuer wird wie ein Neubau. Diese Behauptung war den „Traditionalisten“ oder „Minimalisten“ in der Stadionfrage immer wieder entgegen gehalten worden. Es ist zu vermuten, dass die behaupteten Kosten nicht ernsthaft geprüft, sondern mit zweckpessimistischer Absicht überhöhte Schätzungen in die Diskussion geworfen wurden. Spannend bleibt es also nicht nur auf dem Spielfeld.



ULI FRANKE

**Das neue alte Bölle hätte schon fertig sein können, wenn man nicht in jede sich bietende Sackgasse gerannt wäre.**

## LINKS GEDACHT

**Zum Profifussball**

Die Stadt ist für alles da, was die Daseinsvorsorge der Menschen ausmacht - auch wenn Neoliberale das anders sehen. Sport und Bewegung gehören dazu, Profifussball aber nicht.

Darmstadt hat nach einer unvollständigen Liste 67 Sportvereine. 18 Fußballvereine, z. T. mit mehreren Mannschaften, betreiben regulären Spielbetrieb und sind in einer Liga. In diesem Jahr erhalten alle diese Vereine von der Stadt Zuschüsse in Höhe von 558 000 € bis auf den SV 98. Nur der SV 98 darf sich über Millionen freuen. Die Flutlichtanlage wurde erneuert, der Kunstrasen, ein Mähwerk... Es geht ins Geld und ist doch nie genug.

Mit Sport hat das nichts zu tun, mit Wirtschaft und Finanzen eher. Da in der letzten Zeit von Steuereinnahmen und Wirtschaftskraft geredet wurde, wenn es um die 98er ging, hier ein Vorschlag: Alles, was mit SV 98 und dem Stadion zu tun hat, wird aus dem Sportwesen ausgegliedert. Zuschüsse erfolgen im Etat für Wirtschaftsförderung. Zuständig hierfür im Magistrat: der Oberbürgermeister.



Werner Krone

## Mein Gott Darmstadt! Deine Partnerstadt San Antonio!

San Antonio ist die neue Partnerstadt von Darmstadt in den USA, gelegen im Bundesstaat Texas. Die Bürgermeisterin von San Antonio, Ivy Taylor, hat die ultimative Antwort gefunden, woher die Armut in ihrer Stadt kommt. Gefragt nach den Ursachen der Armut in San Antonio antwortete sie, es liege an den vielen „gebrochenen Menschen“, die keine Beziehung zu ihrem „Schöpfer“ haben. Deshalb können ihre Familien und ihre Communities keine produktiven Mitglieder der Gesellschaft sein. Die gläubige Baptistin sieht in der Erbsünde die Ursache allen Übels:

Kann man/frau so etwas glauben? Hier sind die Original-Auszüge:

Auf die Frage, was sie sehe als „the deepest, systemic causes of generational poverty in San Antonio“, antwortete die Bürgermeisterin:

„To me, it's broken people. People not being in a relationship with their Creator, and therefore not being in a good relationship with their families and their communities and not being productive members of society. So I mean, I think that's the ultimate answer“ und „I also believe in Original Sin...“

Nachzulesen ist dies auf der Homepage des Humanistischen Pressedienstes.

Also. Adam, Eva und die Schlange, sie waren's. An dieser Erbsünde knapsen die

Arbeitslosen heute immer noch. Die Ursache für die Armut in San Antonio ist nun entdeckt. Darmstadts Oberbürgermeister Partsch warb noch Ende letzten Jahres vehement für die Partnerschaft. San Antonio sei als Universitäts- und Wissenschafts(!)stadt „prädestiniert für eine Partnerschaft mit Darmstadt“. Diese neue Partnerstadt in den USA soll eine Stadt sein, die wunderbar zu Darmstadt passt?

**Der Faktencheck:**

- San Antonio ist mit 1,4 Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt in Texas.
- 19,8% aller Einwohner leben unter der Armutsgrenze, das sind fast 300.000 Menschen.
- 29% der Kinder und 13% der über 65-jährigen leben unter der Armutsgrenze.
- 10,4% der Einwohner sind Kriegsveteranen.
- 14,1% der Einwohner sind im Ausland geboren.
- In Texas wurden seit 1976 mehr als 500 Todesurteile vollstreckt.

Ein Hinterbänkler der Grünen im Stadtparlament warf Kritikern der Partnerschaft aus der Linken während der Diskussion im Stadtparlament „Antiamerikanismus“ vor. Als die Linken-Abgeordneten heftig dagegen protestierten, nahm er den Vorwurf aber wieder zurück.

**Adam und Eva, die Schlange, die Armut und der Schöpfer**



Erhard Schleitzer

**DIE LINKE.**  
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

### Adresse

DIE LINKE-DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION  
Landgraf-Philipp-Anlage 32  
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 - 6690310

Telefax: 06151 - 66905 33

info@linksfraktion-darmstadt.de

www.linksfraktion-darmstadt.de

facebook.com/linksfraktion.darmstadt

### Bürgersprechstunde

Ort: „LinksTreff Georg Fröba“

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins erreichen Sie uns über die im nebenstehenden Kasten angegebene Telefonnummer oder auch per Email.

### Öffentliche Fraktionsitzungen

Ort: „LinksTreff Georg Fröba“

Termine:

11. September, 18:00 Uhr

23. Oktober, 18:00 Uhr

04. Dezember, 18:00 Uhr

**Spenden**

Die Linke  
Stadtverordneten-  
fraktion Darmstadt

Ktn: 110 798 300

Biz: 508 900 00

Volksbank Darmstadt